



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0866890

P/XIII/250 - 3. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Neue Aussichten für den Rapacki-Plan Von Erich Ellenhauer, Vorsitzender der SPD	46
2 - 3	Tage, die die Welt erschütterten Zum zweiten Jahrestag des Aufstandes in Ungarn	92
4	Über die Geheimniskrämerei der Bundesregierung Von Karl Wittrock, VdB	38
5 - 7	Vor 20 Jahren - Verhaftungsort eines jungen Juden Ein Schuß in Paris sollte die Welt alarmieren	133

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

3. November 1958

### Neue Aussichten für den Rapacki-Plan

Von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD

Der Besuch des polnischen Außenministers Rapacki in Norwegen hat auch in der Bundesrepublik viel Interesse gefunden. Nicht, weil man von ihm sensationelle Neuigkeiten erwartete, sondern, weil es darauf ankommt, daß das Gespräch über Zonen vermindelter militärischer und politischer Spannungen wieder in Fluß kommt.

Wir Sozialdemokraten haben seiner Zeit die Initiative des polnischen Außenministers - es war eine polnische Initiative! - begrüßt, denn wir sind uns darüber im klaren, daß auch unser Land sich in einem Zustand höchster Gefährdung befindet, wenn beide Territorien unseres Vaterlandes dauernd militärischen Heerlagern gleichen. Wir haben aber auf der anderen Seite immer deutlich gesagt, daß wir uns mit dem Rapacki-Plan im Wortlaut nicht identifizieren können. Wir haben ihn als eine Diskussionsgrundlage betrachtet und die Bundesregierung und alle beteiligten Mächte immer wieder aufgefordert, diesen Plan in ernsthafte Verhandlungen über Entspannung und Abrüstung einzubeziehen.

Leider hat man sich dazu nicht entschlossen. Die Bundesregierung hat nach langen Zögern diesen Plan abgelehnt, ein gleiches Schicksal beschied ihr der NATO-Rat und die Regierung der Westmächte.

Diese Ablehnung aber zeigte gleichzeitig die Schwäche der Keinsager, denn sie waren bis zur Stunde nicht in der Lage, ihrerseits Vorschläge zu entwickeln, die das doch hoffentlich noch allseits bejahte Ziel der Entspannung und Abrüstung erreichen können. Wir sind uns dabei sehr wohl darüber im klaren, daß es sich hierbei um eine Regionalmaßnahme handelt, aber die Idee, daß man alle Weltprobleme auf einmal lösen könnte, dürfte schon lange begraben sein.

Nun ist der polnische Außenminister auf Einladung der norwegischen Regierung in Oslo gewesen. Wir kennen den genauen Gang der Verhandlungen nicht. Wir begrüßen aber die Mitteilungen und Nachrichten, nach denen der polnische Außenminister seinen Plan in modifizierter Form erneut zur Debatte stellen will. Es wäre ein wesentlicher Fortschritt, wenn man, wie verlautet, diesen Plan dahin ergänzt, daß in der Entspannungszone auch eine Vereinbarung über die Herabsetzung konventioneller Streitkräfte getroffen werden soll. Damit würde einem Haupteinwand der westlichen Mächte und der Bundesregierung Rechnung getragen werden.

Nach der Zustimmung der Sowjetunion soll am 10.11.1958 in Genf eine zweite Expertenkonferenz stattfinden, die zunächst auf technisch wissenschaftlicher Ebene prüfen wird, ob man ein System finden kann, das Überraschungsangriffe verhindert. Auf dieser Konferenz wird man sich zwangsläufig auch mit dem Gedanken, Zonen vermindelter militärischer Spannungen zu schaffen, beschäftigen müssen. Deshalb ist gerade in dieser Zeit der Rapacki-Plan ein wichtiges Element der Diskussion. Wir sehen seiner neuen Form mit größtem Interesse entgegen.

Die deutsche Bundesregierung und ihre westlichen Verbündeten haben sich bisher auf die Rolle der Keinsager beschränkt. Wir wollen hoffen, daß ~~man~~ es sich, wenn die neuen Vorschläge vorliegen, nicht wieder so leicht macht, sondern sie ernsthaft in die Diskussion einbezieht.

Tage, die die Welt erschütterten

A.E. Vor zwei Jahren, am 4. November 1956, erlosch im Feuer erbarmungsloser Straßenschlachten die Flamme der Freiheit, die für Ungarn nur wenige Tage geleuchtet hatte. Etwas Erstaunliches, das in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat, war geschehen: In Ungarn brach eine Revolution aus, geführt von der studierenden wie auch der arbeitenden Jugend, um ein verhaßtes Joch abzuschütteln. Gewaltige Volkskräfte trugen die Revolutionäre an die Oberfläche, gaben ihnen hinreißenden Schwung und eine alles Überwindende Kraft.

Innerhalb von wenigen Tagen war das Budapest Straßenbild frei von den Symbolen der Unterdrückung, die gefürchtete Geheimpolizei, unerlässliches Instrument jeder Gewaltdiktatur, zur völligen Ohnmacht verurteilt, die Armee für die Volkserhebung gewonnen, die alles beherrschende Staatspartei zerschlagen, deprimiert und dezimiert, ihrer wichtigster Kampfmittel beraubt und eine Regierung unter dem später dem Henker ausgelieferten Imre Nagy eingesetzt, die die Wiederezulassung der politischen Parteien gewährte, die Zensur aufhob und sich, dann schwer bedrängt, hilflos an den Westen wandte - vergeblich. Unter Bruch des Völkerrechtes und unter Nichteinhaltung feierlich gegebener Zusagen durch die Sowjetunion erfolgte dann die verhängnisvolle Wende. Imre Nagy, dieser etwas hilflose, von der Wucht elementarer Ereignisse gestoßene Mann, fand, als das Ende der Erhebung nahte, Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft. Durch List und Täuschung fiel er kurz darauf seinen späteren Henkern in die Arme, das Schicksal Maletas, des Verteidigers der Kiliankaserne, teilend.

Mit schrecklichen Verlusten hatte das ungarische Volk sein heroisches Begehren nach mehr Freiheit im Inneren und nach außen zu bezahlen; Die Elite seiner Jugend füllte die Massengräber oder wurde zu Zehntausenden deportiert, sofern es ihr nicht gelang, den Häschern durch die Flucht nach dem Westen zu entkommen. Hunderttausende Männer und Frauen verließen unter Todesgefahr das Land, um nicht gerade immer freundliche Aufnahme als Freiheitskämpfer zu finden; viele Regierungen zollten zwar ihrem Heldenmut wertreichen Tribut, aber sie zeigten sich weniger großzügig, wenn es um Gewährung von Asylrecht und Arbeitserlaubnis ging. Über das Land senkte sich wiederum die Nacht der Diktatur, Sondergerichte traten in blutige Aktion, und an der österreichisch-ungarischen Grenze entstanden wieder, wie unter Stalins und Rakosis düsteren Zeiten, Minenfelder, Stacheldraktvorhänge und mit Maschinengewehren bespickte Wachtürme.

Die ungarische Erhebung, getragen von Studenten, Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, zerstörte wie der ihr vorangegangene polnische Oktober, zwei Legenden: Die Legende, damals recht weitverbreitet und eiserner Bestandteil des westlichen Denkens, den Kommunisten sei es gelungen, gerade die Jugend dieser Völker für sich gewonnen zu haben, und die andere Legende, von kreuzzugsfreudigen Abendländern bewußt gepflegt, die Sowjetunion könne unter allen Umständen und in jeder Lage auf die Ostblockstaaten als willenlose Satelliten rechnen. Der Freiheitswille der Ungarn und Polen hat den bis dahin scheinbar unerschütterlichen

Machtbereich der Sowjetunion angeschlagen, und vor aller Welt die Schwäche des Warschauer Paktes dargelegt, eine Schwäche, die übrigens ihre Parallele in der Anfälligkeit des NATO-Paktes fand.

Es darf nicht vergessen werden: Das Getöse der Straßenschlachten in Budapest und in den ungarischen Industriegebieten wurde übertönt durch die anglo-französische Intervention am Suez und den Bomben, die auf Port Said fielen. Noch ist dieses Kapitel einer gigantischen Fehlleistung und kapitaler Dummheit westlicher Politik nicht genügend erhellt und die Frage nicht beantwortet, ob die Sowjetunion durch die Ablenkung Frankreichs und Englands in das fehlgeschlagene Suezabenteuer nicht gerade zu ihrem brutalen Eingreifen in Ungarn ermuntert wurde. Der moralischen Verdammung der sowjetrussischen Intervention in Ungarn durch den Westen fehlte die Reinheit einer inneren Überzeugung, denn was die Welt in jenen erregenden Wochen erlebte, war die gewalttätige Äußerung von Machtpolitik und Negierung des Freiheitswillens kleiner Völker in ihrer scheußlichsten Form - durch die Anwendung von Waffengewalt unter Mißachtung allen Völkerrechtes, ausgeübt von zwei europäischen Mächten am Nil und von der Sowjetunion an der Donau.

Waren die Opfer des ungarischen Volkes vergebens? Mit Hilfe und im Auftrag der sowjetrussischen Machthaber gelang es Janos Kadar, das Land einigermaßen wieder zu stabilisieren. Gewaltige Mittel mußte die Sowjetunion zur Sanierung der durch die Revolution völlig zerrütteten Volkswirtschaft aufbringen. Die dringendste Not ist beseitigt, die Budapester Schaufenster zeigen nach langen Jahren öder Leere wieder eine verhältnismäßig große Warenfülle, die Arbeiter können mehr kaufen als vor den Tagen der Erhebung, die Macht der Staatspartei, zwar äußerlich wieder hergestellt, ist jedoch in ihrem Kern gebrochen und die Schraube einer die Kräfte des Landes übersteigenden Industrialisierung gelockert. Eine Rückkehr zum Stalinismus scheint ausgeschlossen zu sein, da Moskau heute viel daran liegt, Situationen zu vermeiden, die den Keim von Revolutionen in sich tragen. Ein zweites Ungarn kann sich Moskau nicht mehr leisten.

Heute kann es Kadar wagen, sich und sein Regime am 16. November zur Wahl zu stellen, eine Wahl freilich unter den üblichen "volksdemokratischen" Vorzeichen und Begleiterscheinungen.

Das ungarische Volk selbst kann sich nicht äußern, keinen eigenen Willen kundtun, es ist zum Schweigen verdammt. Wie es denkt, wo sich sein geistig-politischer Standort befindet, davon hat es vor zwei Jahren ein unvergängliches, mit Blut und Heroismus geschriebenes Zeugnis abgelegt. Eines Tages wird es auch die Sowjetunion um des Friedens und einer neuen Völkerordnung willen respektieren müssen. Der ungarische November vor zwei Jahren zeigte, daß die Sowjetunion zwar über materielle Mittel verfügt, um ein widerspenstiges Volk an die Kandare zu nehmen, aber nicht seiner Geist beherrschen kann.

Über die Geheimniskrämerei der Bundesregierung

Von Karl Wittrock, MdB

In zunehmendem Maße wird es als peinlich empfunden, daß weite Teile der Öffentlichkeit wichtige Gesetzentwürfe der Bundesregierung mit Leidenschaft diskutieren, ohne daß den Mitgliedern des Parlamentes die Einzelheiten dieser Gesetzentwürfe bekannt sind. Ein typisches Beispiel bietet die Behandlung des Entwurfes eines Gesetzes zum Schutze der persönlichen Ehre. Journalistenverbänden und Wissenschaftlern ist dieser Gesetzentwurf - aus guten Gründen - übermittelt worden. Sie machen von ihrem Recht, zu den presserechtlichen Auswirkungen dieses Gesetzes Stellung zu nehmen, mit allem Nachdruck Gebrauch. Die Abgeordneten jedoch, die zu ihrer Information in den Besitz eines solchen Gesetzentwurfes gelangen wollen, sind auf Wege angewiesen, die fast als Schleichwege zu bezeichnen sind. Es ist an der Zeit, daß die Bundesregierung bei wichtigen Gesetzentwürfen nicht nur gegenüber den interessierten Verbänden frühzeitig die Karten auf den Tisch legt, sondern auch gegenüber den Mitgliedern des Parlamentes.

Wie notwendig das ist, zeigt weiterhin die Behandlung der sogenannten großen Aktienrechtsform. Die Wirtschaftsteile der großen Zeitungen bringen laufend Betrachtungen über Einzelheiten der geplanten Reform. Sie sind die einzigen Informationsquellen sogar für die Abgeordneten, die im Rahmen der Parlamentsarbeit an der Aktienrechtsreform unmittelbar interessiert sind.

Ein besonders drastisches Beispiel für die Geheimniskrämerei der Bundesregierung gegenüber dem Parlament ist dem Bericht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes vom 19. August 1958 über seine Tätigkeit als Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu entnehmen. In diesem Bericht wird ausgeführt, daß eine Sachverständigenkommission einen Reformplan für die Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgelegt hat. Obgleich bereits in den zuständigen Ausschüssen des 2. Bundestages der Entwurf einer Verwaltungsgerichtsordnung eingehend behandelt wurde, der jetzt wiederum im Parlament zur Beratung ansteht, sind bisher die zuständigen Ausschüsse über den Reformplan nicht unterrichtet worden.

Es ist bemerkenswert, daß sogar die mit der Beratung der Verwaltungsgerichtsordnung unmittelbar befaßten Abgeordneten erst aus dem Bericht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes von der Existenz eines besonderen Reformplanes erfahren haben. Auch hieraus ergibt sich, wie unhaltbar die Geheimniskrämerei der Bundesregierung gegenüber dem Parlament ist. Aus dem Verhalten der Bundesregierung zeigt sich erneut, in welchem Maße sie das Parlament mißachtet.

+ + +

### Vor 20 Jahren - Verzweiflungstat eines jungen Juden

Vor zwanzig Jahren, am 7. November 1938, erschoss ein Jugendlicher aus Erbitterung über das Schicksal seiner Familie und vieler Leidensgenossen den Gesandtschaftsrat vom Rath in den Räumen der Deutschen Botschaft in Paris. Seine Kugeln waren dem deutschen Botschafter zugehört. Dieser ließ sich nicht sprechen, der Attentäter wurde an den zufällig schon anwesenden Botschaftsrat verwiesen. Der Name des Todeschützen war Herschel Grynszpan, als Sohn polnisch-jüdischer Eltern in Hannover geboren, zur Tatzeit siebzehneinhalb Jahre alt. Die Motive für seine Tat, mit der er die Augen der Welt auf das schwere, damals unerhört scheinende Schicksal einer Gruppe von Menschen aufmerksam machen wollte, sind zu übersehen.

#### Ins Niemandsland abgeschoben

Damals war die polnische Regierung im Begriff, all jenen Polen, die länger als fünf Jahre außerhalb des Landes gelebt hatten, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Ohne Erwerb einer neuen Staatsangehörigkeit würden diese Menschen staatenlos werden und ihre Freizügigkeit verlieren. Sehn Monate vor dem Angriff auf Polen dachte die nationalsozialistische Reichsregierung nicht daran, Tausende solcher Art bedrohter, grossenteils seit Jahrzehnten in Deutschland lebender polnischen Staatsangehöriger, darunter viele Juden, zu übernehmen. Sie schob Ende Oktober 1938, bevor die polnische Verordnung Rechtskraft erlangt hatte, die Betroffenen in Massentransporten ab. Die polnischen Behörden aber zeigten zunächst sich nicht geneigt, diesen unerwünschten und unerwarteten Rückkehrern die Einreise zu gestatten. So verbrachten viele der Ausgewiesenen eine Zeit der Hilflosigkeit und des menschenunwürdigen Elends im Niemandsland zwischen den Grenzen oder unter Bewachung zusammengepfercht in Orten unmittelbar an der Grenze.

Zu den Betroffenen gehörte die Familie des Schneiders Grynszpan aus Hannover, dessen sechstes Kind, eben jener Herschel Grynszpan, sich seit längerer Zeit schon bei einem Onkel in Paris aufhielt. Dort erreichten ihn die Hilferufe seiner Familie, die ihn tief aufrührten. Die Erregung mag durch gleichzeitige unfriedliche Auseinandersetzungen mit dem Onkel verstärkt worden sein. In solcher Stimmung wurde die Idee des Attentats geboren. Herschel kaufte einen alten Trommelrevolver und die dazugehörige Munition, ließ sich die Handhabung erklären - und führte seinen Voratz am nächsten Tage aus.

Der Attentäter wurde festgehalten und der französischen Polizei übergeben, die alle erforderlichen Untersuchungen anstellte. Als Motiv ergab sich glaubhaft nichts anderes als das schon Mitgeteilte. Einige der bekanntesten französischen Anwälte erbieten sich, den Angeklagten zu verteidigen.

#### Goebbels erfand die "Kristallnacht"

In der unmittelbaren Folge der Tat wurden tatsächlich die Augen aller Welt auf das Schicksal einer großen Gruppe von Menschen gerichtet. Der unglücklichen, nachträglich fast glücklich zu nennenden Ausgewiesenen aber und dessen, der aus Empörung über ihr Geschick zum Revolver gegriffen hatte, gedachte man kaum mehr am Rande. Was die antisemitische Reichsregierung auf Initiative ihres Propagandaministers auf die Tat hin gegen deutsche Juden in die Wege leitete und zuließ, wie sie den blutigen Protest eines nicht wohlüberlegt handelnden unreifen Menschen deutete, was sie in die Welt hinauszuschreiben begann, das beanspruchte fortan die Aufmerksamkeit einer tieferschrockenen Welt.

Goebbels erfand die "Kristallnacht", in der unter den Augen der Polizei Synagogen geplündert und verbrannt, alle jüdischen Geschäfte vom braunen Pöbel zerstört und Zehntausende jüdischer Männer verhaftet, mißhandelt oder erschlagen wurden. Der deutschen Judenheit wurde nach Raubrittermanier eine Kollektivbuße von einer Milliarde Goldmark auferlegt. Herschel Grynszpan wurde in den Darstellungen der gleichgeschalteten Presse zu einem vollverantwortlichen Hochverräter, dem Werkzeug einer jüdischen Verschwörung, das versucht haben sollte, "den Führer und Reichskanzler an der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse zu hindern".

#### Lautz vertrat die Anklage

Die am 16. Oktober 1941 ausgefertigte Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof, Dr. Lautz, gegen den "angeblich nicht bestraften, berufslosen Juden Herschel Grynszpan" enthält ebenfalls die Beschuldigung der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Hingegen fanden die Juristen keinen Anhaltspunkt für die These des Propagandaministers, Grynszpan habe als Exponent eines Komplotts gehandelt.

Wir erinnern: Frankreich war 1940 zum Waffenstillstand gezwungen und zur Hälfte besetzt worden. Der deutsche Einfluß reichte jedoch über die Demarkationslinie. Grynszpan war im Chaos des französischen Zusammenbruchs in Freiheit gesetzt worden. Mit den Millionen war er vor den deutschen Panzern nach Süden geflohen. Verängstigt hatte er im Gefängnis von Toulouse Zuflucht gesucht, sich auf die Waffenstillstandsabmachungen verlassend. Unter Bruch dieser Bestimmungen wurde er aber schon im Juli 1940 an die deutsche Polizei ausgeliefert, die schon vorher die französischen Akten zu seinem Fall gefunden hatte. Herschel Grynszpan kam als Sonderhäftling zunächst in den Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen, danach zur Verfügung der Oberreichsanwaltschaft in das Weabiter Untersuchungsgefängnis.

#### Mouchel mord an Millionen Juden

Die Welt interessierte sich für den Gang des Krieges, für die Luftschlacht um England, den U-Boot-Krieg auf dem Atlantik, für das Schicksal der besetzten Länder. Allein der Propagandaminister des "Dritten Reiches" interessierte sich intensiv für den unscheinbaren Attentäter aus Paris, mit dessen Hilfe er der feindlichen Welt einen gewaltigen Propagandaprozeß zu machen gedachte. Doch die auf 23 Seiten relativ sorgsam argumentierende, die Untersuchungsergebnisse auswertende Anklageschrift konnte ihn nicht befriedigen. Seiner blutrünstigen Phantasie waren die im Grunde willfährigen Juristen nicht gewachsen. Er dachte an ein Weltaufgebot von Zeugen gegen das Judentum. Zweimal wurden Termine festgesetzt, zweimal ließ Goebbels alles für einen Schauprozeß größten Stils vorbereiten. Die internen Auseinandersetzungen um den Prozeß gingen weiter, bis Hitler die Vertagung befahl - und die Geschichte die Vertagung bestätigte.

An die Stelle des erträumten lauten Schauprozesses trat der leise Mouchelmord an Millionen in den abgedichteten Vernichtungslagern des Ostens. Derjenige, dessen Schüsse die Lawine von Wahn, Hass, Raub und industrialisiertem Mord ausgelöst hatte, entkam lebend. Er wurde nicht "auf der Flucht erschossen" und auch in den letzten Tagen des Regimes keinem Erschießungskommando übergeben. Heute ist er ein freier Mann, sozusagen, und er lebt unter fremdem Namen in Paris. Seine Eltern schweigen über ihn. Die einzelnen Stationen seines Weges sind bis auf wenige unbekannt.

Die Eltern Grynszpans kehrten nach weiterer Flucht durch Polen und Russland nach Hannover zurück, bis sie sich 1948 entschlossen, über das Lager-Krankenhaus Bergen-Belsen nach Israel auszuwandern.

Wie gesagt, Goebbels hat keinen Schauprozeß führen können, warum aber ließen die skrupellosen Mörder, die doch so viele Schuldlosere töteten, den gefangenen Grynszpan am Leben? Die Frage läßt sich nicht zu Ende beantworten.

#### Die Hölle überlebt

Jedemfalls wurde Grynszpan durch den ganzen Krieg wohlverwahrt, auf Transporten gefesselt und isoliert. Ob ein alter Befehl durch das Räderwerk der braunen Bürokratie weiterlief und so selbst im mörderischen Untergang den draußen Vergessenen schützte, das weiß man nicht.

Einiges spricht dafür, daß Grynszpan unter dem Namen Otto Schneider aus dem Zuchthaus Sonnenburg kommend, am 29. Januar 1945 in das Zuchthaus Görden bei Brandenburg/Havel eingeliefert wurde. Die Gefangenonliste verzeichnet den am 28. März 1921 Geborenen, von Beruf Schneider, ohne die weiteren gewöhnlichen Informationen. Das angegebene Datum ist der Geburtstag Grynszpans. Der junge Gefangene wurde wie stets isoliert verwahrt. Die ungewisse Spur führt von dort weiter in das Polizeigefängnis Magdeburg. Schon von da kann der Weg nach der Besetzung der Stadt durch die Amerikaner in die Freiheit geführt haben.

Es mag Leute geben, die dies alles verwunderlich finden, auch solche, die der Meinung sind, hier sei jemand quasi ins Maulloch der Geschichte geraten, derweil die vernichtende Walze des Gemetzels über ganze Erdteile hinwegging. Diese Geschichte enthält keine besondere Lehre. Sie beleuchtet nur einige Nebenzüge des Systems, das blasphemisch das "Tausendjährige Reich" zu werden versprochen hatte.

Ernst Riggert

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel